AUNS BULLETIN

Februar 2017 **186. Ausgabe**

# DROHUNG UND ANGSTMACHEREI?

**Nicht mit uns! Freizügigkeits-abkommen muss weg.**

AUNS
ASIN
ASNI

Publikationsorgan der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

**Luzi Stamm**
Nationalrat, Vizepräsident AUNS, Baden AG
Kontakt: luzi.stamm@parl.ch

*Langsam erkennen in Europa auch die politischen Eliten, was die Folgen sind, wenn man die Grenzen einfach öffnet und «Willkommen, wir schaffen das!» ruft.*

**Freie Einwanderung:**

# EINE HISTORISCHE DUMMHEIT

**Den Unfrieden importieren**

Das «EU-Friedensprojekt» droht ins Gegenteil zu kippen. Mit dem ideologischen Abschaffen sämtlicher Grenzen wird nicht Frieden, sondern Unfrieden importiert; es passt ins Bild, dass in Deutschland und der Schweiz bereits die ersten Auseinandersetzungen zwischen Türken und Kurden aufflammten. Die «einfache Bevölkerung» hat offenbar weltweit mehr gesunden Menschenverstand als die Politiker-Eliten, welche die Realitäten nicht mehr sehen wollen. Verständlich, dass sich die Wählerinnen und Wähler zur Wehr setzen wollen; nicht nur in den USA und Grossbritannien!

**AUNS: Endlich die Personenfreizügigkeit kündigen!**

Die AUNS hat nun den einzig konsequenten Weg eingeschlagen: Die Kündigung der Personenfreizügigkeit. Dabei geht es in keiner Art und Weise um die Frage «Bilaterale Ja oder Nein?», sondern es geht nur um die Frage «Freie Einwanderung Ja oder Nein?».
Wer behauptet, die Gegner der freien Einwanderung würden den bilateralen Weg mit der EU zerstören, kennt unsere Verträge mit der EU nicht, oder – viel wahrscheinlicher – verwendet den Slogan, wir seien «gegen den bilateralen Weg», böswillig als Totschlag-Argument: Jeder, der die Einwanderungspolitik wieder in die eigenen Hände nehmen will, soll mit Schlagworten wie «Bilateral-Zerstörer», «Nein-Sager», «Ewig-Gestriger» abqualifiziert werden. Lassen wir uns nicht beeindrucken!

**Höchstens noch zusätzlich Schengen angreifen**

«Bilateral» heisst übersetzt ganz einfach «zweiseitig». Selbstverständlich werden wir mit unseren Nachbarn – ebenso mit der EU als Ganzes – auch in Zukunft immer wieder zweiseitige («bilaterale») Verträge abschliessen, wie wir das seit Jahrhunderten immer getan haben. Unser Vertragswerk mit der EU mit über 100 bilateralen Verträgen ist unbestritten; wir wollen nur die freie Einwanderung abschaffen. Folgerichtig wollen wir nur gerade ein Dossier der Bilateralen 1 (Personenfreizügigkeit) und – vielleicht später – ein Dossier der Bilateralen 2 (Schengen) kündigen. Gegen diese beiden Verträge hat die AUNS schon 2005 vehement gekämpft…

Nationalrat Luzi Stamm

ISSN 2234-9723

AUNS, Redaktion, Thunstrasse 113
Postfach 669, 3000 Bern 31
Tel. 031 356 27 27
Fax 031 356 27 28
redaktion@auns.ch
Postkonto: 30-10011-5
IBAN: CH91 0900 0000 3001 0011 5

Die Statuten der AUNS sind auf www.auns.ch abrufbar.

LEGATE
In einem Testament bestimmen Sie über Ihren Tod hinaus, was mit Ihrem Sparguthaben, Ihren Wertschriften und Liegenschaften geschehen soll. Wenn Sie die AUNS berücksichtigen, unterstützen Sie unsere Arbeit zum Erhalt der freien und neutralen Schweiz.
Herzlichen Dank.

**Thomas Matter**
Nationalrat, Unternehmer, Zürich
Kontakt: thomas.matter@parl.ch

**Die Bilateralen I und die Personenfreizügigkeit: Zusammenhänge und Tragweite**

# WIRTSCHAFTSWACHSTUM VON 0,09%?

Die Wirtschaftsverbände und gewisse Parteien jammern von morgens bis abends: «Ohne bilaterale Verträge mit der EU bricht unsere Wirtschaft zusammen.» Wer genauer hinschaut, kommt zu anderen Schlüssen.

Wir hören das nicht zum ersten Mal. Bereits 1992 im EWR-Abstimmungskampf tönte es gleich. Schon damals zeichnete der Verband Schweizer Maschinenindustrieller – die heutige Swissmem – ein Inserat, auf dem Christoph Blocher als Rattenfänger in den Abgrund stürzt. Auch behaupten heute die Wirtschaftsverbände und viele Politiker, bei einer allfälligen Kündigung der Personenfreizügigkeit stünden sämtliche bilateralen Verträge mit der EU auf dem Spiel. In Wirklichkeit wären in einem absoluten «Worst-Case-Szenario» nur gerade 6 Verträge betroffen. Um es klarzustellen: Es gibt über 100 bilaterale Abkommen mit der EU.

Wir hören täglich, dass wir unseren Wohlstand der Personenfreizügigkeit verdanken. Stimmt das wirklich? Tatsache ist: Von 1945 bis und mit 2001 – also vor Einführung der Bilateralen I – betrug das jährliche Wachstum des BIP pro Kopf in der Schweiz durchschnittlich 2%. Notabene ohne Personenfreizügigkeit! Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit Mitte 2007 hat sich dieses Wachstum pro Kopf nicht positiv, sondern tendenziell negativ entwickelt. Das Wirtschaftswachstum pro Kopf ist entscheidend, wenn es um den Wohlstand einer Volkswirtschaft geht, nicht das absolute Wirtschaftswachstum. Tatsache ist auch: Der prozentuale Anteil der Schweizer Exporte in den EU-Raum ist seit Einführung der Bilateralen I und noch deutlicher seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit markant zurückgegangen, nämlich von 64% im Jahr 2001 auf knapp über 50% per Ende 2016. Nach dem Brexit wären es sogar nur noch 47% der Schweizer Exporte, die in den EU-Raum gingen. Unsere heutigen Wachstumsmärkte liegen in Asien und in Amerika. Mit keinem dieser Länder existieren Vereinbarungen, die mit den Bilateralen I vergleichbar wären, geschweige denn ein Abkommen betreffend Personenfreizügigkeit.

Ebenfalls heisst es, die Bilateralen I gewährten uns den Marktzutritt in die EU. In Wirklichkeit garantiert schon das Freihandelsabkommen von 1972 den gegenseitigen Marktzutritt zwischen der EU und der Schweiz. Ausserdem ist die Schweiz ebenso wie die EU Mitglied der Welthandelsorganisation WTO. Diese verbietet willkürliche diskriminierende Massnahmen im gegenseitigen Handel. In Wahrheit ist unser EU-Marktzutritt dank Freihandelsabkommen und WTO zu weit über 90% geregelt und garantiert.

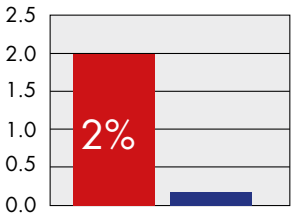
Heute tun die Wirtschaftsverbände und die anderen Parteien so, als sei die Personenfreizügigkeit ein

*Die Personenfreizügigkeit zu künden wäre nur ein ganz kleiner Teil der 100 weitere Verträge mit der EU*

Über 100 Verträge mit der EU. «Die Kündigung der Personenfreizügigkeit gefährdet unsere Handelsbeziehungen mit der EU nicht.

**Wohlstand mit und ohne Personenfreizügigkeit:**

## JÄHRLICHE WACHSTUM DES BIP PRO KOPF IN DER SCHWEIZ




**ohne Personenfreizügigkeit**
von 1945 bis und mit 2001

**mit Personenfreizügigkeit**
ab Mitte 2007

Nr.2 Lügen aufdecken Tatsache ist...

Bedürfnis und ein grosser Vorteil für die Schweiz. Sie wollen nicht wahrhaben, dass eine Zuwanderung von der Grösse einer doppelten Stadt Zürich seit ihrer Einführung die Schweiz total überfordert und für unser Land langfristig nicht verkraftbar ist. Die Masseneinwanderung überlastet uns, kostet uns, stresst uns und nimmt uns ein grosses Stück Lebensqualität. Es ist jene Lebensqualität, die unser Land zum schönsten der Welt gemacht hat – ohne Dichtestress, Kriminalität, Zubetonierung, Sozialkollaps, Ängste um den Arbeitsplatz und Parallelgesellschaften vieler Nichtintegrierbarer.

Seltsam blind erscheinen die Wirtschaftsverbände auch gegenüber den Kosten der «flankierenden Massnahmen» zur Personenfreizügigkeit. Ich habe bis heute noch nie von der Economiesuisse ein Wort über die Kosten der Personenfreizügigkeit gehört oder gelesen.

Dabei sind es unglaubliche Summen, die unseren Werkplatz mit ständig weiter ausgebauten Gesamtarbeitsverträgen, flächendeckenden Mindestlöhnen, bürokratischen Kontrollen oder durch den absurden «Inländervorrang light» verteuern. Zur Freude der Gewerkschaften werden mittlerweile pro Jahr (2015) 35'000 Unternehmen und 150'000 Personen überprüft – die Lohnpolizei lässt grüssen! Schon heute dürften die Kosten der flankierenden Massnahmen in die Milliarden gehen.

Ich habe mir oft den Kopf darüber zerbrochen, wie man so miserabel, so total gegen das Interesse des Heimatlandes verhandeln kann. Wie konnte es dazu kommen, dass die Schweiz von den vier Grundfreiheiten der EU nur die für sie nachteilige Personenfreizügigkeit herausholte? Die Dienstleistungsfreiheit, die Freiheit des Warenverkehrs und sogar die Freiheit des Kapitalverkehrs blieben uns mehrheitlich oder teilweise verwehrt. Umgekehrt haben wir der EU diese Freiheiten grösstenteils gewährt. Allein das Defizit der Schweizer Dienstleistungshandelsbilanz gegenüber der EU beträgt jährlich fast 50 Milliarden Franken. Für diesen gewaltigen Betrag hat die EU mehr Dienstleistungen in die Schweiz exportiert als aus der Schweiz importiert. Unser Handelsbilanzdefizit allein gegenüber Deutschland beträgt 10,4 Milliarden Franken. Die Europäische Union profitiert von uns, weil wir eine weltoffene Wirtschaft pflegen.

Die heute hierzulande so laut verteidigte Personenfreizügigkeit wollten früher weder die Wirtschaft noch die Wirtschaftsverbände noch das Parlament oder die Parteien – sondern einzig die EU.

Die von Economiesuisse genannten Kostenersparnisse durch den Abbau der technischen Handelshemmnisse entsprechen etwa den Kosten, die der Wirtschaft aus der von der Economiesuisse unterstützten SRG-Mediensteuer entstehen.

Das öffentliche Beschaffungswesen liegt im Interesse der EU, denn Schweizer Firmen sind bei EU-Ausschreibungen aufgrund der hohen Lohnkosten schlicht nicht konkurrenzfähig.

Das Landverkehrsabkommen mit kurzer Nord-Süd-Achse, viel zu billigem Transitpreis und Zulassung der 40-Tönner wurde zum Vorteil der EU ausgehandelt.

Bei Kündigung des Flugverkehrsabkommens, inklusive Zwang zur Übernahme künftiger Regelungen, ist kein Zusammenbruch des Flugverkehrs zu befürchten, da sehr viele Fluggesellschaften die Schweiz gern anfliegen und die früheren internationalen Abkommen immer noch gelten.

Ein Wegfall des Landwirtschaftsabkommens mit der EU hätte keine spürbaren Auswirkungen auf die Schweiz.

Die teuren EU-Forschungsprogramme verlieren mit dem Brexit an Bedeutung und sind die Nachteile der Personenfreizügigkeit nicht wert.

Warum weigern sich die Wirtschaftsverbände hartnäckig, all diese Nachteile zur Kenntnis zu nehmen? Eine Erklärung liegt darin, dass die Economiesuisse von den grossen Konzernen dominiert wird. Deren Verwaltungsräte und Geschäftsleitungen bestehen heute mehrheitlich aus ausländischen Ma-

*Unsere heutigen Wachstumsmärkte liegen in Asien und in Amerika. Mit keinem dieser Länder existieren Vereinbarungen, die mit den Bilateralen I vergleichbar wären.*

nagern. Diese haben – und dafür habe ich Verständnis – keine grosse Ahnung, wann und wie wir unseren einmaligen Wohlstand und unseren Top-Brand «Made in Switzerland» aufgebaut haben. Sie wissen kaum, dass wir dies den Staatssäulen verdanken und den Schweizer Tugenden wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Präzision, Innovation und unserem jahrhundertalten Bildungssystem. Der Bundesrat hat bis zum 9. Februar die verfassungsmässig gültige Masseneinwanderungsinitiative per Verordnung nicht umgesetzt. Deshalb muss die Personenfreizügigkeit gekündigt werden, wie dies der Bundesrat übrigens selber schon mehrmals schriftlich festgehalten hat.

Die ETH-Wirtschaftsforschungsstelle KOF hat 2008 – damals gab es gegenüber den Auswirkungen der bilateralen Verträge noch nicht die heutige sektiererische Stimmung – eine sachliche Studie vorgelegt. Demnach habe das Bruttoinlandprodukt 2002 bis 2007 – also in Boom-Jahren – dank dem Personenfreizügigkeitsabkommen um 0,09% (!) pro Jahr und pro Kopf stärker zugenommen als ohne dieses Abkommen. Für den Erhalt unserer Schweizer Lebensqualität würde ich sofort auf ein jährliches Wirtschaftswachstum von 0,09% verzichten!

## JAHR 2016: CH-EXPORTE AUF HÖCHSTSTAND

Nach einem Rückgang im Vorjahr wuchs der Aussenhandel im 2016 wieder. Die Schweizer Exporte sind 2016 um 3,8% auf 210,7 Milliarden Franken geklettert. Sie haben damit einen Höchststand erreicht, wie die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) mitteilt. [ezv.admin.ch, 26.01.2017]

## GROSSBRITANNIEN WILL RAUS AUS DEM EU-BINNENMARKT

Die britische Premierministerin Theresa May will ihr Land aus dem EU-Binnenmarkt führen: «Wir streben keine Mitgliedschaft im Binnenmarkt an.» Sie wolle einen umfassenden Freihandelsvertrag mit der EU. Auch der Zollunion will Grossbritannien nicht mehr angehören. Ihr Land wolle keine Teil-Mitgliedschaft in der EU oder «irgendwas, das uns halb drinnen, halb draussen lässt.» «Wir streben nicht danach, an Häppchen der Mitgliedschaft festzuhalten, wenn wir gehen.» Sie sehe zudem eine harte Linie in Sachen Einwanderung von EU-Bürgern vor, die in Zukunft nicht wie bisher ohne weiteres in Grossbritannien leben und arbeiten dürfen. «Die Zahl der Einwanderer ist zu hoch», sagte May. Auch dem Europäischen Gerichtshof will sich London nicht länger unterwerfen. [faz.net, 17.01.2017]

## BRITISCHE WIRTSCHAFT WÄCHST KRÄFTIG

Ökonomen rechneten nach der Brexit-Volksabstimmung mit einem Wirtschaftseinbruch in Grossbritannien. Doch bisher steuert die britische Wirtschaft nicht auf eine Rezession zu – im Gegenteil. Im vierten Quartal 2016 wuchs die Wirtschaftsleistung. Der Zuwachs liegt sogar etwas über den Erwartungen von Analysten und folgt auf ein Wachstum in gleicher Grössenordnung im dritten Quartal. Befürchtungen, das Brexit-Votum vom vergangenen Sommer könnte die britische Wirtschaft in einen Schockzustand versetzen, haben sich bisher nicht bewahrheitet. [spiegel.de, 26.01.2017]

## NATIONALE BRUDER KLAUS-GEDENKFEIER 2017

2016 gab der Bundesrat bekannt, er verzichte auf die Durchführung einer Gedenkfeier aus Anlass des 600. Geburtstags von Bruder Klaus im Jahr 2017. Spontan fanden sich Bürgerinnen und Bürger zusammen mit dem Entschluss, aus eigener Kraft eine würdige Gedenkfeier zu organisieren. Für diesen Zweck wurde der Verein «Die Schweiz mit Bruder Klaus» gegründet, der von Frau Kantonsrätin Monika Rüegger aus Engelberg präsidiert wird. Bruder Klaus soll einerseits als Heiliger, andererseits als wegweisender Ratgeber für die Entwicklung der damals noch jungen Eidgenossenschaft gewürdigt werden. Als Redner konnte der Verein Dr. Christoph Blocher und von der Diözese Chur Bischof Vitus Huonder gewinnen. Die Gedenkfeier findet statt am Samstag, 19. August 2017, im Flüeli-Ranft. Weiterführende Angaben zum Programm folgen.

Vorstandsmitglied und AUNS-Kassier:
Christoph R. Kunz, Kaufmann, Matten bei Interlaken BE
Kontakt: kassier@auns.ch

**Der AUNS-Kassier hat das Wort:**

# IMMER NUR KOMPROMISSE?

Bilateral heisst fair verhandeln (Win-Win)

Kompromisse sind eine gute Sache, wenn sie beiden Seiten dienen und jeder überzeugt ist, dass eine Win-Win-Situation entstanden ist. Eigentlich eine urschweizerische Wesensart, mit der wir gute Erfahrungen gemacht haben. Im Umgang mit Brüssel aber sind wir mit dieser Haltung im grossen Nachteil. Die Schweizer haben bereits vor Verhandlungen den Kompromiss im Auge, aber die EU will einfach nur ihre Positionen durchdrücken und uns ihr System aufzwingen, siehe beispielsweise das Thema Personenfreizügigkeit. Unsere Verhandlungsstrategie bedarf deshalb einer fundamentalen Änderung, sonst kommen wir komplett unter die Räder. Nicht nur den EU-Bürokraten, sondern auch manchen unserer eigenen Eliten muss unmissverständlich klargemacht werden, dass die Schweiz ein souveräner, unabhängiger Staat ist, der auf sein Selbstbestimmungsrecht beharrt. Wir sind weder Kolonie, noch Vasall, noch Beitrittskandidat der EU. Unser eigenes Parlament und die Regierung haben den Auftrag, den Willen des Souveräns auszuführen. Als AUNS erheben wir deshalb laut unsere Stimme und pochen auf unser Recht, ein von Brüssel unabhängiges Land zu bleiben, das seinen eigenen Weg gehen will und kann. Es geht hier schlicht ums Prinzip! In dieser Sache ist absolut kein Kompromiss möglich. Prinzipientreue kann kurzfristig scheinbare Nachteile bringen, die jedoch im Vergleich zu den Auswirkungen der gegenwärtigen Unterwürfigkeits- und Sowohl-Als-Auch-Haltung in Bern vernachlässigbar sind. Längerfristig zahlt sich Prinzipientreue aus, das hat die Vergangenheit bewiesen. Wenn wir unser Schicksal selber bestimmen und nicht fremdgesteuert sind, werden wir Erfolg haben. Die Naivlinge in Bern aber meinen, dass sie mit ihrer Bücklings- und Vorauseilender-Gehorsam-Haltung Erfolge für die Schweiz einfahren werden – das Gegenteil wird der Fall sein: Es drohen Verlust unserer Unabhängigkeit, Verlust der direkten Demokratie – Auflösung der Schweiz. Niemals! Kein Kompromiss! Danke, wenn Sie unser Anliegen unter die Leute bringen und auch finanziell mittragen. Herzliche Grüsse!

## AUNS-AUFGABEN 2017

- **Lügen-Propaganda der EU-Turbos und Volksverächter aufdecken.**
- **Volksinitiative zur Beseitigung der Personenfreizügigkeit lancieren.** Die Volksabstimmung muss gewonnen werden! Deshalb sorgfältige Erarbeitung des Initiativtextes. Zusammenarbeit mit der SVP prüfen. Unterschriftensammlung vorbereiten.
- **EU-Anbindung – Rahmenabkommen – verhindern.**
- **RASA-Initiative und Gegenvorschlag des Bundesrates verhindern.** «Trickkiste Bundesbern» entlarven.
- **Schengen/Dublin:** Zu erwartendes Referendum gegen verschärfte EU-Waffenrichtlinie unterstützen. Schengen-Mitgliedschaft grundsätzlich hinterfragen und erfolgsversprechende Ausstiegsszenarien vorbereiten.
- **25 Jahre EWR-Nein** (Beitritt zum Europäischen Binnenmarkt am 6.12.1992 abgelehnt) als Urabstimmung gegen die EU-Anbindung und Freizügigkeit in Erinnerung rufen.

Tom Mayer, Medienmacher, Belp BE

# PERSONENFREIZÜGIGKEIT WIRD ENDLICH BREITER HINTERFRAGT

Es braucht lange. Aber langsam gehen auch in ein paar ersten Schweizer Medien- und vielleicht sogar Amtsstuben die Augen auf. So scheints jedenfalls. Die Personenfreizügigkeit ist keine Heilige Kuh mehr. Die AUNS zeigt schon sehr lange auf diesen Punkt. «Der Traum von der Personenfreizügigkeit ist verblasst» und «EU-Personenfreizügigkeit wird so nicht überleben» schreiben die Einheitsmedien (Tages-Anzeiger, auch der Bund, «Da muss man hinhören»…). Der Aussenminister Burkhalter knirscht in der NZZ für einmal mit den Zähnen: «Ich war viel zu optimistisch, was die Personenfreizügigkeit betrifft.» – Aber zu früh gefreut, er weist damit jegliche Verantwortung für eigene Fehlentwicklungen von sich; die EU sei es, die nicht vorwärtsmache…

Im Tages-Anzeiger blickt Journalist Alan Cassidy, der dazu mit verschiedenen Historikern gesprochen hat, auf einer Zeitleiste zurück. Zurück in die Zeiten vor dem Ersten Weltkrieg, als jeder irgendwohin reisen konnte, als die Mobilität von Wissen, Kunst, Musik oder Architektur ganz Europa zu Fortschritt und Wohlstand brachte (aber als auch soziale Unruhen zum ersten Mal aufflammten).

Der Unterschied zu heute: Damals gab es keine sozialen Netze, heute gibt es sie, und zwar im Übermass. Nach den Weltkriegen entstand die Vorstellung eines europäischen Kulturraumes. Und mit dieser fixen Idee im Kopf rennt die EU heute dauernd in die Wand. Nationalstaaten letztlich irgendwie auflösen – wer gesunden Menschenverstand hat, stellt sich dagegegen. Trotzdem drückt die EU immer mehr «Öffnung» durch, ob die Stimmbürger nun wollen oder nicht. Maastricht bringt die EU-Flagge, sogar eine Hymne (die niemand kennt), Unionsbürgerschaft – erzwungene politische Einheit.

Als Osteuropa auch dazukommt, gibts kein Halten der Personen mehr. Die Grundfreiheit der Personenfreizügigkeit müsse mit den anderen drei Freiheiten (Waren-, Dienstleistungs-, Kapital-/Zahlungsverkehr) zusammengeklebt bleiben, sonst falle alles zusammen. Sagen Brüssel, Merkel, EU-Klientel. Wer aber hinsieht, klar denkt, den Alltag der Mehrheit erlebt und eine stabile Zukunft für alle statt nur eigene Pfründen im Fokus hat, merkt: An den Bilateralen ist etwas faul. Vieles. Sie sind nicht überlebenswichtig – auf jeden Fall nicht im aktuellen, realitätsfremden Konstrukt.

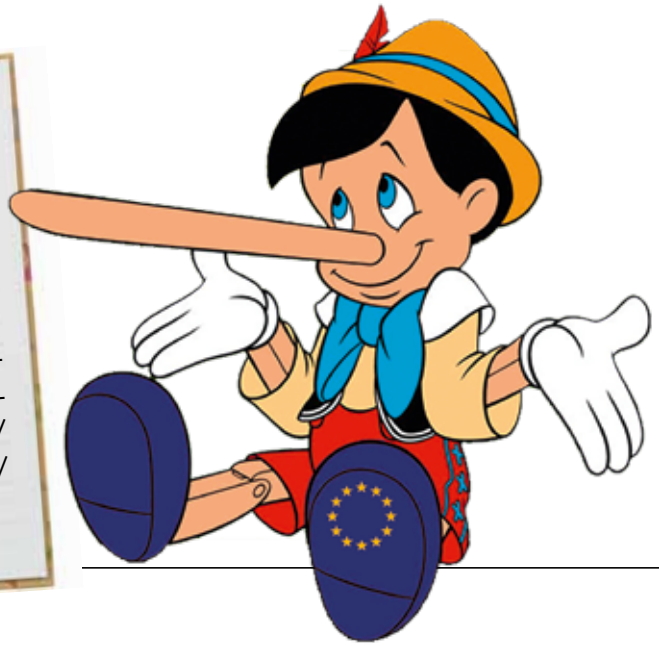
Grossbritannien, Österreich, vielleicht bald Italien – ob notgedrungen oder dank klarem Denken: Immer mehr Länder des europäischen Kontinentes stottern zurück in kleinere Räume, direktere Verantwortlichkeiten, neu gewonnene Freiheiten.Freiheit, Direkte Demokratie, Neutralität: Das sind schon lange die Grundpfeiler, welche die Schweiz stark gemacht haben, auch in Wirtschaft, Wissen oder Innovationskraft. Lassen wir nicht zu, dass man sie uns abgräbt!

## TATSACHEN STATT LÜGEN-PROPAGANDA!

**«Die Kündigung der Personenfreizügigkeit gefährdet nicht unsere Handelsbeziehungen zur EU.** Der zollfreie Zugang zum EU-Markt wird nicht durch die Bilateralen I, sondern durch das Freihandelsabkommen, das nicht mit den Bilateralen I mit der EU zusammenhängt, sichergestellt.»

(Bilaterale I: Personenfreizügigkeit/Technische Handelshemmnisse/Öffentliches Beschaffungswesen/Landwirtschaft/Forschung/Luftverkehr/Landverkehr)

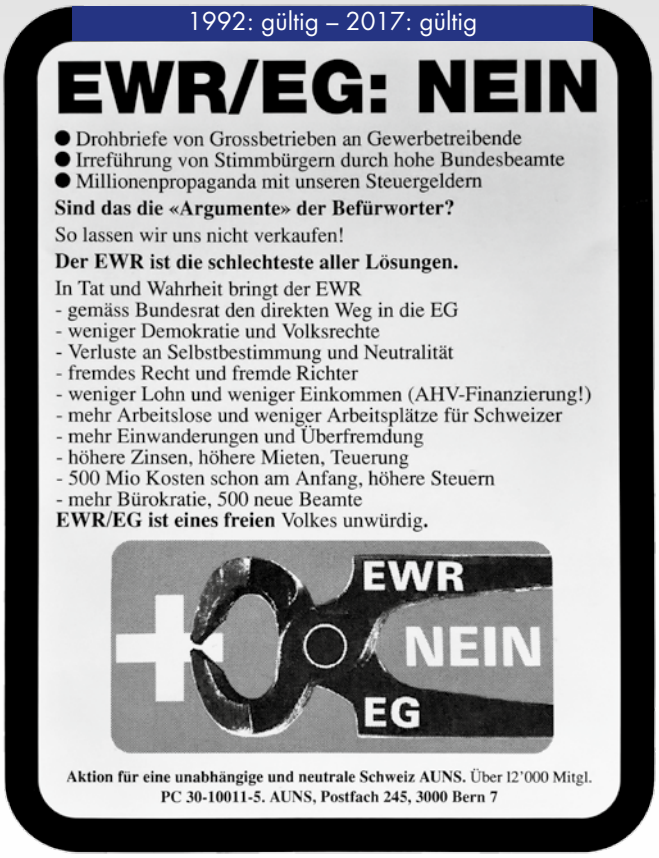
Nr.4 Lügen aufdecken Tatsache ist…



Werner Gartenmann
Geschäftsführer AUNS
Kontakt: giftzwerg@auns.ch

# STOPP DEM BILATERALEN BSCHISS!

EU-berauschte Medien und eine EU-devote Classe politique warnen, die AUNS lanciere eine Volksinitiative zur Kündigung der Bilateralen. Und ohne Bilaterale drohe der Untergang. Die EU-Anschluss-Front nimmt an, die Stimmenden unterstützten den bilateralen Weg ohne Wenn und Aber. Deshalb laborieren Zauberlinge an Psychopillen, die bewirken sollen, die EU-Anbindung inklusive Personenfreizügigkeit umhüllt mit dem Tarnmantel «Bilaterale über alles» ins Trockene zu mogeln. Bilaterale? «Wer häts erfunde?» Es war die AUNS, die 1992 im EWR-Abstimmungskampf die EU-Anbindung ablehnte und ausgewogene bilaterale Abkommen im Interesse der Schweiz (!) forderte. Schon damals sollte die Schweiz ohne EWR-Anbindung untergehen, bilateral sei keine Lösung. Und 2017 soll die Schweiz wieder untergehen ohne bilaterale Anbindung. Jetzt müssen wir erkennen: Was mit dem EWR nicht gelang, soll mit einer bilateralen Zwangsehe gelingen. Mit zweiseitigen Abkommen hat das nichts mehr zu tun. Deshalb müssen wir wieder zur Kernforderung von 1992 zurückkehren: Keine EU-Anbindung, aber faire, ausgewogene Abkommen, im Interesse der Schweiz, ohne Freizügigkeit. Übrigens: Warum soll ein souveräner Staat schlechte Abkommen nicht kündigen und bessere aushandeln? Wenn ich mit dem Vermieter nicht zufrieden bin, verhandle ich mit ihm. Wenn erfolglos, dann kündige ich. Ich kusche doch nicht vor dem Vermieter, habe die Hosen voll, ich könnte auf der Gasse erfrieren, und verbleibe mein Leben lang in seiner Bude. Ja, wenn die Schweiz das untaugliche Prinzip Personenfreizügigkeit kündigt, fallen sechs weitere Abkommen des Paketes 1 weg. Na und? Soll es doch etwas rumpeln, frei nach dem Motto «Switzerland first». Dann wird wieder verhandelt. Lassen wir uns von diesem bilateralen Bschiss nicht ins Bockshorn jagen.


1992: gültig – 2017: gültig

**EWR/EG: NEIN**

- Drohbriefe von Grossbetrieben an Gewerbetreibende
- Irreführung von Stimmbürgern durch hohe Bundesbeamte
- Millionenpropaganda mit unseren Steuergeldern

**Sind das die «Argumente» der Befürworter?**

So lassen wir uns nicht verkaufen!

**Der EWR ist die schlechteste aller Lösungen.**

In Tat und Wahrheit bringt der EWR
- gemäss Bundesrat den direkten Weg in die EG
- weniger Demokratie und Volksrechte
- Verluste an Selbstbestimmung und Neutralität
- fremdes Recht und fremde Richter
- weniger Lohn und weniger Einkommen (AHV-Finanzierung!)
- mehr Arbeitslose und weniger Arbeitsplätze für Schweizer
- mehr Einwanderungen und Überfremdung
- höhere Zinsen, höhere Mieten, Teuerung
- 500 Mio Kosten schon am Anfang, höhere Steuern
- mehr Bürokratie, 500 neue Beamte

**EWR/EG ist eines freien** Volkes unwürdig.

EWR NEIN EG

**Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz AUNS.** Über 12'000 Mitgl.
**PC 30-10011-5. AUNS, Postfach 245, 3000 Bern 7**

## HERZLICH WILLKOMMEN!

Am 3. Januar 2017 hat Frau **Sandra Flück** ihre Arbeit auf dem AUNS-Sekretariat aufgenommen. Die Berner Oberländerin ist langjähriges AUNS-Mitglied, verheiratet und hat zwei Kinder. Zusammen mit Frau Katharina Fischer verfügt die AUNS über ein tatkräftiges und motiviertes Sekretariat.

Besuchen Sie uns auf Facebook!
auns/asin/asni

www.auns.ch
Aktuelle Informationen, politische Kommentare, Unterlagen bestellen!

AUNS
ASIN
ASNI

AUNS, Redaktion, Thunstrasse 113
Postfach 669, 3000 Bern 31
Tel. 031 356 27 27
Postkonto: 30-10011-5